

Grazer Energiegespräche:

Energiekosten -Quo vadis?

1. Oktober 2008

Resümee der Veranstaltung

Ausgangspunkt der Veranstaltung waren die im letzten Jahr dramatisch gestiegenen Energiekosten. So stieg der Energiepreisindex in Österreich seit Sommer 2007 um fast 20% an. Von dieser Entwicklung sind erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf das Zusammenleben der Menschen zu erwarten. Die Veranstaltung beleuchtete das Spannungsfeld zwischen einer kommenden weltweiten Knappheit von Ressourcen und den konkreten Auswirkungen vor Ort.

Eingangs stellten die beiden ReferentInnen die dramatischen Steigerungen der Energiekosten und die möglichen Entwicklungsperspektiven dar. Mag. Michael Cerveny von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) wies darauf hin, dass die weltweite Ölförderung seit drei bis vier Jahren stagniert, weil die wichtigsten Ölfelder der Welt ihre Blütezeit überschritten haben (Peak Oil). Durch die weiterhin hohe Nachfrage – der Verbrauch steigt jährlich um ca. 1,5%, das ist das Doppelte des österreichischen Bedarfs - entstand ein enormer Preisdruck nach oben. Mit einer Ausweitung der Förderung, die in der Lage ist den Rückgang bei den bestehenden Ölfeldern und den zusätzlichen Bedarf v.a. der Schwellenländer wie China und Indien zu stillen, ist aus geologischen aber auch aus geopolitischen Gründen nicht zu rechnen.

Mag. Gunda Kirchner, Leiterin Energiewirtschaft und –politik bei der Österreichischen Energieagentur, zeichnete ein ähnlich gelagertes Szenario für Strom. Wir sind nach wie vor mit einem stetig steigenden Stromverbrauch konfrontiert, der in den nächsten 20 Jahren um weitere 30 % zunehmen könnte. Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass die Kapazitäten weder in Österreich noch in der EU für den Stromverbrauchszuwachs ausreichen werden. Steigende Strompreise sind die Folge. Angesichts der CO2-Problematik, der Versorgungssicherheit und der steigenden Kosten sind Handlungsoptionen insbesondere im nachfrageseitigen Bereich aufzuzeigen. CO2- und emissionsfreie Ressourcen können die fossil betriebenen Kraftwerke auch mittelfristig nur zum Teil ersetzen.

Das hochkarätig besetzte Podium bestätigte die Energiepreisentwicklung mit weitreichenden Konsequenzen aus ihrer jeweiligen Sicht (s. Statements): Mag. Dr. Heigl, Geschäftsführer der Energie Graz, Mag. Christian Krainer, ÖWG Wohnbau und Obmann der Landesgruppe Steiermark Mag. Ewald Verhounig, Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung & Wirtschaftskammer Steiermark, DI Johann Pressl von der Arbeiterkammer Steiermark.

Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker betonte die Notwendigkeit einer Energiewende mit den Pfeilern Energieeinsparung und erneuerbare Energieträger. Gerade im Verkehrsbereich ist eine radikale Trendwende notwendig. Bei der Energiebereitstellung und der Tarifpolitik bedarf es einer engen Abstimmung zwischen Stadt und Land und der Erarbeitung eines regionalen Energiekonzepts.

Die Referenten waren sich einig, dass auf Grund der Faktenlage ein Ende der Energiepreisanstiege noch nicht in Sicht ist, auch wenn die Energiepreise zwischenzeitlich fallen.

Beim Strom muss beispielsweise bis 2011 mit einem Endverbraucherpreis von 20 € Cent pro Kilowattstunde gerechnet werden.

Die Steiermark als energieintensiver Wirtschaftsstandort ist von der Preisentwicklung besonders betroffen, da ca. 40% des Energieverbrauchs in der Steiermark auf die Industrie entfallen. Energie spielt eine wichtige Rolle bei der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die Energiekosten kommen durch die Teuerung auch unmittelbar ins Bewusstsein der Bevölkerung. Diese ist für Themen der Energieeinsparung oder alternativer Energiebereitstellung nun offener und leichter ansprechbar.

Es wurde von den Referenten und in der Diskussion deutlich gemacht, dass die steigenden Energiekosten auch die öffentlichen Haushalte deutlich belasten, etwa durch steigende Ausgaben für die Wohnbeihilfe und Heizkostenzuschüsse. Auch die vom Land Steiermark vereinbarten Bonuszahlungen für Strom und Gas verringern die Erträge und damit die Handlungsspielräume der öffentlichen Hand.

Referenten und Diskutanten sahen übereinstimmend in der Energieeffizienz den entscheidenden Schlüssel, um den steigenden Energiekosten zu begegnen. Der entscheidende Ansatz dabei ist, dass es den Menschen primär um eine möglichst niedrige Energierechnung geht und nicht um geringe Kilowattstundenpreise. Eine solche kann auch mit geringen Verbrauchswerten durch entsprechend hohe Energieeffizienz erreicht werden.

Da davon auszugehen ist, dass auch die erneuerbaren Energieträger zumindest teilweise bei der generellen Energiepreisentwicklung mitziehen werden, wird mittelfristig die nicht verbrauchte Kilowattstunde die günstigste und auch die umweltverträglichste sein. Und erst auf entsprechend niedrigem Energieverbrauchsniveau werden die heimischen erneuerbaren Ressourcen einen wesentlichen Anteil an der gesamten Energieversorgung leisten können.

Einen wesentlichen Beitrag an der Energieeffizienzsteigerung und zur Reduktion der Energiekosten stellt die Gebäudesanierung dar. Ein unsaniertes Mehrfamilienhaus aus den sechziger oder siebziger Jahren benötigt 200 kWh/m² und Jahr, ein Neubau zum jetzigen Zeitpunkt rund 40 und ein Niedrigenergiehaus ca. 30 kWh pro m² und Jahr. Passivhäuser kommen gar mit weniger als 15 kWh pro m² und Jahr aus. Dies zeigt eindrucksvoll die Energieeffizienzbandbreite auf.

Die Wohnbauförderung ist ein entscheidendes politisches Instrument zur Forcierung der thermischen Sanierung zur Steigerung der Energieeffizienz. Die Wohnbaufördermittel sind allerdings nicht mehr zweckgebunden, was geändert werden sollte. Sie sollten zielgerichtet und vorrangig für die energetisch-thermische Sanierung eingesetzt werden.

Ein Problem stellen sogenannte Anlegerwohnungen dar, deren Eigentümer kein Interesse an Investitionen in die Bausubstanz haben.

Es bedarf daher auch verbesserter gesetzlicher Rahmenbedingungen, um die Durchführung thermischer Sanierungen zu erleichtern. Dazu zählen etwa geänderte Verfahren zur Mehrheitsbildung bei Sanierungsentscheidungen oder die Anhebung der vorgeschriebenen EVB/IR-Beiträge.

Die zunehmende Bezuschussung von Energiekosten durch die öffentliche Hand wurde von den Fachleuten kritisch gesehen. Zuschüsse sind für sozial Schwache natürlich notwendig, um Belastungsspitzen durch die Teuerung abzufangen. Andererseits schaffen erst Investitionen in Energieeffizienz (Gebäudesanierung, effiziente Geräte und Beleuchtung etc.) einen nachhaltigen Effekt hin zu geringeren Energieverbräuchen und damit dauer-

haft niedrigeren Energiekosten. Die positiven Umwelt- und Klimaschutzeffekte sowie Arbeitsplatzeffekte kommen noch hinzu. Es bedarf also einer sinnvollen Mischung aus Objekt- und Subjektförderungen.

Darüberhinaus würde ein staatlich gestütztes Einbremsen der Verteuerung nur den erforderlichen Bewusstseinswandel künstlich hinauszögern. Höhere, moderat steigende Energiepreise sind als klares Signal an die Konsumenten sinnvoll. Ein vorhersehbares Preissignal wird Energieeffizienzmaßnahmen auslösen. Natürlich ist auf die mit der Teuerung verbundenen sozialen Probleme im Bereich der Sozialpolitik einzugehen.

Auch wenn die Energiepreise vor allem von europa- und weltweiten Entwicklungen bestimmt sind, so können die relevanten Akteure in der Steiermark jedenfalls dazu beitragen, ein entsprechendes Bewusstsein und Wissen über Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Energiebewusstes Verhalten beginnt bei jedem einzelnen, insbesondere muss man mit entsprechender Bewusstseinsarbeit in jungen Jahren (Schulen) anfangen.

Den Haushalten könnte man durch passende Tarifmodelle und neue Zählertechnologien Möglichkeiten in die Hand geben, ihr Verhalten gezielt in Richtung eines effizienteren Umgangs mit Strom zu ändern. Dazu benötigt es allerdings neue Tarifmodelle mit zeit- bzw. verbrauchsvariablen Tarifen. Pilotprojekte mit intelligenten Zählern (Smart-Metering) sind in Graz in Vorbereitung.

Um den Kyoto Zielen zumindest ansatzweise näher zu kommen, wird die Republik Österreich CO₂-Zertifikate in Höhe von mehreren Milliarden Euro ankaufen müssen. Anstelle dieser Ausgleichszahlungen wäre es viel besser, diese in eine Energieeffizienz- und Klimaschutzinitiative zu investieren. Dies hätte einen nachhaltigeren Effekt zur Verringerung der Energiekosten und CO₂-Emissionen.

Nachtrag:

Zum Zeitpunkt der Veranstaltung war von der Finanzkrise und der in weiterer Folge nahenden Wirtschaftsflaute mit wieder fallenden Ölpreisen noch keine Rede. Dabei handelt es sich voraussichtlich jedoch nur um eine Verschnaufpause, bedingt durch die kurzfristig zurückgehende Nachfrage. Die Fakten der begrenzten Ressourcen und Kapazitäten sind nach wie vor gegeben. Es droht daher – wahrscheinlich erst nach einem neuerlichen Aufschwung der Weltkonjunktur – eine weitere Preisspirale nach oben mit den diskutierten Konsequenzen. Vorausschauendes Handeln jetzt ist gefragt!

Boris Papousek, 15.12.2008